

Breite Unterstützung im Oberwallis für «Ehe für alle»

Vertreter von FDPO, CSPO, SPO, Grünen, Grünliberalen und QueerWallis haben am Mittwoch ihre Argumente für ein Ja zur «Ehe für alle» dargelegt. Und sich den Vorbehalten der Gegner gestellt. Diese geben sich noch nicht geschlagen und kämpfen mit harten Bandagen.

Am 26. September 2021 stimmt die Schweiz darüber ab, ob gleichgeschlechtlichen Paaren die gleichen Rechte und Pflichten zugestanden werden sollen wie gemischtgeschlechtlichen Paaren. Nebst dem Verein QueerWallis setzen sich im Oberwallis fünf politische Parteien von links bis rechts für ein Ja zur Ehe für alle ein. Gleichgeschlechtliche Liebe sei längst gelebter Alltag und solle deshalb im Zivilstandsregister gleich abgebildet sein wie die Liebe von gemischtgeschlechtlichen Paaren. Die Ehe für alle sei die logische Konsequenz des gesellschaftlichen Wandels.

Stand heute sind Kinder von Regenbogenfamilien rechtlich schlechter abgesichert. Daran stört sich Danica Zurbriggen, Vizepräsidentin der CSPO: «Durch die Ehe für

alle würde die Elternschaft von beiden Elternteilen von der Geburt des Kindes an anerkannt. Folglich wären die Kinder auch bei einer Trennung der Eltern oder beim Tod eines Elternteils rechtlich abgesichert.»

Auch Roger Ambort, Co-Präsident der Grünliberalen Wallis, hat kein Verständnis für die heutige Zweiklassengesellschaft: «Menschen heiraten, weil sie ihre Lebensgemeinschaft auf eine dauerhafte Basis stellen, sich gegenseitig finanziell absichern oder gegenüber der Gesellschaft ihre Verbundenheit ausdrücken wollen. Eine eingetragene Partnerschaft ist nur eine Ehe zweiter Klasse.» Das sei eines modernen Rechtsstaates unwürdig und nicht mehr zeitgemäss.

Die Gegner der Initiative sagen indessen, dass die Perspek-

tive des Kindes entscheidend ist und dass diese von den Befürwortern ausgeblendet wird. Vielmehr würden die Kinder zur Selbstverwirklichung instrumentalisiert. Dabei wolle doch jedes Kind eine Mama und einen Papa. Zu diesem Punkt sagt Zurbriggen, dass das Wohl des Kindes unabhängig von der sexuellen Orientierung der Eltern ist: «Kinder brauchen in erster Linie eine verlässliche und liebevolle Beziehung zu ihren Eltern; Eltern, die ihre Kinder annehmen, wie sie sind, und sie unterstützen, ihren Weg zu gehen.»

Die Gegner einer Ehe für alle argumentieren weiter, dass die Samenspende verfassungswidrig ist und eine vaterlose Gesellschaft fördert. Zudem führe dies zu einer Unsicherheit der eigenen Identität. Und

nicht zuletzt werde auch die Tür für Leihmutterchaften aufgestossen.

Claudia Alpiger, Co-Präsidentin der SPO, findet, dass man die Samenspende für das Kindeswohl legalisieren sollte: «Gleichgeschlechtliche Paare müssten dann nicht mehr ins Ausland reisen und in die Illegalität abdriften, um ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Mit der legalen Samenspende in der Schweiz stünde dem Kind, wenn es volljährig wird, die Möglichkeit offen, seinen leiblichen Vater kennenzulernen, was heute mit der illegalen Samenspende im Ausland nicht der Fall ist.» Wer mit dem Argument komme, dass ein Kind das Recht auf einen Vater und eine Mutter habe und deshalb die Ehe für alle abgelehnt werden solle, sollte sich einmal

überlegen, wie viele Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen; sei dies, weil die Eltern geschieden seien, weil ein Elternteil verstorben sei oder weil ein Elternteil aufgrund langer oder unregelmässiger Arbeitszeiten kaum zu Hause sei und kaum Zeit mit den Kindern verbringen könne.

Brigitte Wolf, Präsidentin der Grünen Oberwallis, ihrerseits ist erstaunt, mit welchen harten Bandagen kurz vor der Abstimmung gekämpft wird. In dieser Diskussion würde vieles durcheinandergemischt: «In dieser Abstimmung geht es nicht darum, ob wir Heiraten gut finden oder nicht. Es geht auch nicht darum, ob wir die Samenspende sinnvoll finden oder nicht. Genauso wenig geht es um Leihmutterchaft, Adoption oder künstliche Befruch-

tung. Es geht einzig und allein darum, dass gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte erhalten wie gemischtgeschlechtliche.» Es gehe um Gleichberechtigung, Akzeptanz und Toleranz, um nicht mehr und nicht weniger.

Akzeptanz und Toleranz wünscht sich auch Alessandra Zenklusen, Co-Präsidentin von QueerWallis: «Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare hätte Signalwirkung für die Gesellschaft, die Arbeitswelt und insbesondere für junge Menschen.» Wie mehrere Studien aus Dänemark, Schweden und den USA bestätigten, sei die Suizidalität unter queeren Personen in Ländern, in denen die Ehe für alle eingeführt wurde, gesunken. Und auch die Vorurteile gegenüber ihnen hätten dort abgenommen. (mk)